

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38. 30. Jahrg.

21. Septbr. 1917.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaberstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

## Inhalt:

**Hauptteil:** An die Ortsvorstände und die Vertrauensleute! Unsere sozialpolitischen Aufgaben. Rundschau. Zur Änderung des Hilfsdienstgesetzes. Tuberkulose und Kriegsernährung. — **Allgemeines:** Gegen die Teuerung. Hannover, Frankfurt a. M. Chemigraphen, Lehr i. B. Aus dem Gau Köln a. Rh. — **Die Tapetenbranche:** Wie lange noch? — **Graph. Technik:** Die Nomenclatur der Farben. Kleine Winke. — **Feuilleton:** Über die Heide. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Unsere sozialpolitischen Aufgaben.

Über dieses Thema sprach der bekannte Arbeitersekretär *Rudolf Wissel* in der Augustversammlung der Lithographen und Steindrucker und in der Septemberversammlung der Chemigraphen Berlins. Es gilt, sagte er dort, die furchtbarsten Schäden des Krieges beseitigen zu helfen. Die Verwüstungen an Menschenleben zwingen uns, auf die peinlichste Schonung der vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte acht zu geben. Das bedeutet Verhinderung jedes Raubbaues an der menschlichen Arbeitskraft. Das reine Profitinteresse des Unternehmers darf dabei keine Rolle mehr spielen. Wo die Arbeitskraft zu sehr in Anspruch genommen wird, nutzt sie ab. Die ungeheure Anspannung der Kriegszeit für alle, besonders aber für die, die an der Front gewesen sind, wird sich später leider nur allzu sehr bemerkbar machen.

Trotz verlängerter Arbeitszeit hat sich die Leistungsfähigkeit durchaus nicht gesteigert. Professor Bauer berichtet z. B. über einen interessanten Versuch, wo in Basel gegen den Willen der Arbeiterinnen eine Pause von stündlich 10 Minuten eingeführt wurde, und doch keine Verminderung sondern eine Steigerung der Leistungsfähigkeit dabei erzielt wurde. Die immerwährende Aufmerksamkeit bringt eben eine, dem Arbeitenden kaum bewußte allmähliche Ermüdung zuwege, die die Leistungsfähigkeit vermindert. So drängen die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen zu einem durchgreifenden Schutz der menschlichen Arbeitskraft, damit sie möglichst lange erhalten und möglichst geschont werden kann.

**Planmäßiger Arbeiterschutz** ist also die wichtigste Forderung. In erster Linie Schutz der Frauen und Kinder. Er muß ausgedehnt werden auf die Heimarbeit und Kleinindustrie. Dazu gehört das Verbot der gewerblichen Gifte, Phosphor, Bleiweiß usw. soweit sie irgend durch andere Mittel ersetzt werden können. Die Schäden dieser Gifte sind furchtbar, ihre Wirkungen sind allmählich und werden deshalb nicht genügend gewürdigt. Die Wirkungen übertragen sich sogar vielfach auf die Nachkommen in erschreckender Weise, ohne daß dagegen ein Mittel gefunden wäre.

Wir müssen fordern, daß der heutige **Wochen- und Mutterschutz** über die jetzige Höhe weit hinaus geführt wird. Die Mutter muß wenigstens im ersten Jahre nach der Geburt dem Kinde sich ganz und gar widmen können. Darum muß solcher Mutter, die ihr Kind selbst ernähren kann, grundsätzlich die Arbeit verboten werden. Das durchzuführen

muß ihr aber wirtschaftlich ermöglicht werden. Es erfordert den Ausbau der Mutterschaftsversicherung, der Krankenversicherung usw. Das Krankengeld müßte auf 60 Proz. mindestens erhöht werden. Nur wenn die Mutter ausreichende Unterstützung erhält, würde der Zwang, zur Arbeit gehen zu müssen, in Fortfall kommen.

Wir müssen auch generell die **Nachtarbeit** verbieten, soweit es die Betriebe aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen nur irgendwie gestatten. Das ist durchgreifender, kulturell notwendiger Arbeiterschutz. Dagegen macht sich ein bisher noch zaghafter Widerstand der Unternehmer geltend. Sie behaupten, die Wiedergewinnung des Weltmarktes gelänge nur mit Verbilligung der Arbeit. Dazu

## An die Ortsvorstände und die Vertrauensleute!

Wie wichtig die **Graphische Presse** für unsere Kollegen ist, beweist uns das zur Zeit besonders lebhaftes Streben, allorts die Löhne auf eine ausreichende Höhe zu bringen. Was heute in einem Orte erreicht wird, dient morgen in einem anderen als Mahnruf und Anfeuerung, es jenen gleich zu tun. Ohne die lebendige wöchentliche Übersicht in unserer Fachpresse wären wir den Gegengründen der Unternehmer gegenüber viel machtloser, als es so der Fall ist. Darum Kollegen sorgt dafür, daß unsere **Graphische Presse** nicht achtlos liegen bleibt! Nur Denkfauler lesen keine Zeitung! Ein intelligenter Mensch, ein echtes Kind des 20. Jahrhunderts kann nicht wie ein Höriger des Mittelalters auf die Lektüre der Zeitung verzichten. Unbedingt wichtig ist aber, daß wir der Papierknappheit insoweit Rechnung tragen, als wir überzählige Exemplare abbestellen. Teilt darum der Expedition der **Graphischen Presse**, die am Kopf dieses Blattes verzeichnet ist, die genaue Anzahl der jetzt benötigten Zeitungen mit.

müsse die Ausschaltung jedes Arbeiterschutzes angestrebt, die Kinder- und Frauenarbeit mehr als bisher eingeführt werden.

Auch in der Arbeiterschaft erhebt sich merkwürdigerweise eine Stimme, die eine gewisse Sympathie für die Nachtarbeit vertritt. Dagegen müssen wir uns energisch zur Wehr setzen. Als es sich um die ersten Anfänge des Arbeiterschutzes handelte, da sagte die Potsdamer Regierung in einem Bericht über die Lage der preussischen Fabrikkinder:

»Die Menschenkultur ist auf jeden Fall noch wichtiger und notwendiger, ja auch dem Staat noch ersprießlicher als selbst die Erhöhung der Industrie und des äußeren Wohlstandes, welche noch dazu nur durch jene wahrhaft und dauernd gesichert werden kann.« —

Das gilt aber ganz besonders auch von unserer Jugend. Sie dürften bis zum 18. Jahre nicht länger als 6 Stunden täglich beschäftigt werden. Sie sollen sich ausreifen, um der Zukunft dienen zu können. Dieses Prinzip, so große Lasten es auch augenblicklich der Gesellschaft auferlegt, es wird sich doch als das gesündeste erweisen. Die Unternehmer haben uns noch bei jeder Arbeiterschutzforderung gesagt, das müsse den Ruin der heimischen Volkswirtschaft herbeiführen. Trotzdem sind wir immer weiter fortgeschritten.

Das Gebiet der **Arbeiterversicherung** weist ebenfalls noch große Mängel auf. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das kleinere Handwerk ist heute noch nicht vollzogen. Hier ist der Arbeiter noch ohne jede Hilfe der Gesamtheit. Hierher gehört auch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle gesundheitlichen Schädigungen, die durch längere Einwirkungen erzielt worden sind. Das Reichsversicherungsamt lehnte noch vor drei Jahren solche Fürsorge ab, wenn es sich um keinen plötzlichen Unfall handelte. Dazu gehörte auch die Einatmung gewerblicher Gifte.

Beschämend wenig bietet heute die **Witwen- und Hinterbliebenenversicherung**. Hier müssen noch ganz bedeutende Verbesserungen geschaffen werden. Ebenso fehlt es auf dem Gebiete der **öffentlichen Wohlfahrtspflege**. Am schlimmsten sieht es hier in kleineren Gemeinden aus. Wohlfahrtspflege durch private Initiative, die in den Großstädten ziemlich häufig vorkommt, findet sich in kleineren Städten nur sehr selten. Wenn z. B. die westlichen Gemeinden, zum Teil bis 300 Proz. Gemeinde-Abgaben erheben, um nur die notwendigsten Schul- und Armenlasten zu decken, da kann man sich denken, was dort für solche weitergehenden Forderungen übrig bleibt.

Endlich müssen wir auch die Arbeitslosenversicherung unbedingt fordern, um die menschliche Arbeitskraft über Krisenperioden hinweg gesund und frisch zu erhalten.

Unhaltbar ist auch das **bestehende Arbeiterrecht**. Die unterscheidenden Begriffe sind hier häufig noch so weitfremd, daß wir keineswegs diesen Zustand aufrecht erhalten dürfen. Wenn z. B. einer unserer Kollegen in einen staatlichen Betrieb übernommen wird, so untersteht er nicht mehr der Gewerbeordnung, er muß vielmehr dann beim Amtsgericht klagen. Solche Beispiele lassen sich aus allen möglichen Berufen in großer Zahl anführen.

Unser heutiges **Armenrecht** weißt alles andere eher auf als soziale Züge. Gänzlich unsozial sind die Bestimmungen des Unterstützungs-Wohnsitzgesetzes. Auch hier muß sozialer Geist eingeführt werden. Auch auf dem Gebiete der **Jugendfürsorge** sieht es noch wenig erfreulich aus, wenn auch die letzten Jahre manche Verbesserung gebracht haben. Nicht zum wenigsten durch die Mitwirkung der Arbeiterschaft und vor allem der Gewerkschaften. Wir haben ja schon den Strafaufschub für jugendlich Verurteilte, aber es muß auch möglich sein dahin zu kommen, den Aufschub der Strafverfolgung überhaupt zu

erreichen. Heute gilt leider ein Verweis schon als Strafe, die ins Strafregister eingetragen wird. Der so Gekennzeichnete gilt dann als vorbestraft, und es wird ihm damit unmöglich gemacht auch nur die untergeordnetste Beamtenstellung zu erreichen. Hier wird das berechtigte Bestreben, nur ehrliche Menschen anzustellen, zum Hindernis für den Jugendlichen.

Wohin wir blicken, überall gibt es auf sozialem Gebiete viel zu verbessern. Wenn es zur freiheitlichen inneren Gestaltung in Deutschland kommen sollte, dann werden wir mitarbeiten aus der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse heraus, die uns Arbeitern durchaus eigen ist. Was wir heute betrachtet haben, ist nur eine Andeutung des großen offenen Arbeitsgebietes. Die Größe und der Umfang der zu lösenden Aufgaben setzen uns fast in Schrecken. Es ist bisher nur Flickwerk, nur Winkel- und Teilbau gewesen. Da müssen wir alle Hindernisse fortreißen und neu aufbauen. Für diese gewaltige Aufgabe darf uns kein Mittel zu teuer, keine Arbeit zu schwer sein.

## Rundschau.

**Lehrlingsausbildung.** Der Artikel in Nr. 31 in unserem Fachblatt ist für den Lehrling selbst, dessen Eltern oder Stellvertreter, wie für Prinzipale und Gehilfen von gleichem Interesse. Die Prinzipale müssen auf einen tüchtigen Nachwuchs besonderen Wert legen, um nach dem Kriege auf dem Weltmarkt in jeder Beziehung konkurrenzfähig zu sein. Dies ist nur mit gut gelehrten Gehilfen zu erreichen. Sache der Eltern etc. ist es, eifrig darum besorgt zu sein, ob der Junge sich mit Lust und Liebe weiter betätigt, gehörig und richtig angelernt wird und ob die beigebrachten Kenntnisse mit der laufenden Lehrzeit in Einklang zu bringen sind; falls darüber Zweifel herrscht, ist es am besten, wenn man einen tüchtigen Fachmann zu Rate zieht. Als selbstverständlich finde ich es, daß sich von Zeit zu Zeit die Eltern bei dem betreffenden Prinzipal über die Lehrresultate, Führung des Jungen usw. erkundigen; leider wird dies nur selten getan; meist hält man die Sache mit der Probezeit für abgetan. Fachschulunterricht ist stets zu empfehlen. Wir haben in Berlin für Chemigraphen die II. Handwerkerschule, wo praktischer Handunterricht in allen Fächern der Photographie erteilt wird, für den 9 Mark für das halbe Schuljahr zu zahlen ist. Das Winterhalbjahr beginnt mit dem Anfang des Oktober. Aber auch die Gehilfen, welche doch die eigentlichen Lehrmeister unserer Lehrlinge sind, möchte ich aufmerksam machen, die Lehrlinge gehörig zu unterweisen und nicht aus gewissen Gründen dies zu vernachlässigen; es ist zu bedenken, daß schlecht gelernte Gehilfen — trotz dem Tarif — nur zu leicht Lohnrücker werden.

A. B.

**Vom Kampf um den Arbeitsnachweis.** Gegenwärtig krankt unsere Arbeitsvermittlung vor allem an der großen Zersplitterung der Arbeitsnachweisstellen. Es gibt viele mittlere Orte, in denen noch einige Dutzend Stellennachweise vorhanden sind. Der Zusammenlegung zu einem gemeinsamen öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis widersetzen sich in der Regel die Unternehmerorganisationen. Im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe waren bei den Fragen der Übergangswirtschaft mehrere Anträge zum Zwecke der Verbesserung der Stellenvermittlung gestellt worden. U. a. wurde die paritätische Verwaltung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise verlangt. Von Regierungsvertretern wurde nach dem Bericht des Ausschusses dazu ausgeführt, daß sie die Ausgestaltung der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise als das wirksamste Mittel für eine befriedigende Regelung und als die wichtigste Aufgabe der beteiligten Behörden auf diesem Gebiete ansehen. Diese und andere Ausführungen waren einem Arbeitgeber-Arbeitsnachweisverband schon zu viel, weshalb er eine warnende Eingabe an den Handelsminister einreichte. In der jetzt erteilten Antwort wird gesagt, daß die Ausführungen der Regierungsvorleiter im Kommissionsbericht unrichtig wiedergegeben seien. Eine Erschütterung der Arbeitgeber-Nachweise sei jetzt unter allen Umständen zu verhindern. Auch in der Zeit nach dem Kriege werde es notwendig sein, daß diese Einrichtungen ungestört weiter funktionieren. Die Arbeitgeber-Nachweise seien gegenüber den anderen weitläufig die wichtigsten, und es läge im Interesse der gesamten Wirtschaft sehr viel daran, daß die Tätigkeit der Nachweise aufrecht erhalten werde. Es würde eine vollständige Zerrüttung der ganzen Industrie eintreten, wenn man die feinen Unterscheidungen in bezug auf die geeigneten Arbeiter, wie sie die Arbeitgeber-nachweise von jeher zu gewährleisten imstande waren, unmöglich machen wollte. — Leider erstrecken sich die »feinen Unterscheidungen« häufig auf Fragen, die mit den sachlichen Fähigkeiten der Arbeitssuchenden nichts zu

haben. Gerade um ohne Rücksicht auf seine gewerkschaftlichen oder politischen Ansichten für den Tüchtigen »freie Bahn« zu haben, müssen die Arbeitgeber-Nachweise aufgehen in öffentliche, paritätisch verwaltete Institute.

**Der Alkohol.** Nach dem »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich« wurden im Jahre 1912 zur Schnapsbereitung folgende Nahrungsmittel verwendet: 2.730.000 Tonnen Kartoffeln (à 20 Zentner), 366.000 Tonnen Getreide und mehliges Stoffe, 407.000 Hektoliter Kernobst (Apfel, Birnen usw.), 224.000 Hektoliter Steinobst (Kirschen, Pflaumen usw.). Über die für die Bierzeugung erforderlichen Nahrungsmittel macht das »Statistische Taschenbuch für Brauer und Brauereinteressen für 1914« folgende Angaben. Es wurden im Jahre 1912 verbraucht: 15.755.000 Doppelzentner Gerste im Werte von 315.000.000 Mk. (davon deutsche Gerste 13.048.000 Doppelzentner im Werte von 260.970.000 Mk.); 120.000 Doppelzentner Weizen, 161.000 Doppelzentner Zucker.

**Ersatzbeschaffung für künstliche Glieder.** Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen erhielt auf seine Anfrage an das preußische Kriegsministerium, ob die Krankenkassen verpflichtet wären für Ersatz oder Ausbesserung künstlicher Glieder die Kosten zu tragen, folgende Antwort: »Sämtliche kriegsbeschädigte Unteroffiziere und Mannschaften haben Anspruch auf Beschaffung, Ersatzbeschaffung und Instandhaltung ihrer künstlichen Glieder usw. auf Kosten des Reichs. Dies wird ihnen auch bei ihrer Entlassung stets mitgeteilt. Sollten sich daher kriegsbeschädigte behufs Ersatzbeschaffung oder Ausbesserung ihrer Prothesen usw. an die Ortskrankenkassen wenden, so wird ersucht, die Antragsteller an das zuständige Bezirkskommando zu weisen, das alles Weitere veranlassen wird.« Auch die Heilbehandlung der Kriegsfolgen empfiehlt nun der Hauptverband ebenfalls abzulehnen und die kriegsbeschädigten dem zuständigen Bezirkskommando zu überweisen.

**Aus einem ländlichen Dienstvertrag vom 9. August 1917** (Wir bitten auf das Datum zu achten!) stammt folgender Satz: »Als Entgelt erhält der Viehwärter einen Monatslohn von 120 Mk., freie Wohnung, Gartenland, Feuerung, täglich zwei Liter Milch, wöchentlich 50 Pfund Kartoffeln.« Der »Vorwärts«, dem wir diesen Auszug entnehmen, bemerkt dazu: »In Berlin mußte wegen mangelnder Milchzufuhr die Milch für Säuglinge von 1 Liter auf  $\frac{3}{4}$  Liter herabgesetzt werden, die Magermilch wird gleichfalls nur wöchentlich einmal und nur einem kleinen Teil der Bevölkerung geliefert, während die große Masse der städtischen Bevölkerung schon seit Jahr und Tag überhaupt keine Milch mehr zu sehen bekommt; auch bei der Kartoffelversorgung ist der Großstädter, nachdem er lange Wochen hindurch überhaupt ohne Kartoffeln hat auskommen müssen, schon zufrieden, jetzt wenigstens 5 Pfund in der Woche zu erhalten. Ein ländlicher Viehhalter aber bekommt das Zehnfache der städtischen Kartoffelration und noch täglich 2 Liter Vollmilch hinzu. Und dieser Vertrag stammt nicht, wie uns bei früheren Hinweisen entgegengehalten wurde, aus verlassenen Zeiten, sondern aus dem jetzigen August 1917. Das ist doch wohl ein Beweis mehr dafür, daß die Unterernährung der großstädtischen Bevölkerung nicht etwa auf mangelnde Lebensmittel, sondern auf ihre höchst mangelhafte Verteilung zurückzuführen ist.«

**Der Abkehrschein** ist bekanntlich zu gewahren, wenn der Arbeiter, der ihn verlangt, den Nachweis führen kann, daß er sein Einkommen durch einen Stellenwechsel angemessen zu vergrößern vermag. In welcher Form beweist nun der Arbeiter, der den Abkehrschein beantragt, daß ihm auf der neuen Stelle bessere Arbeitsbedingungen winken? An einfachsten natürlich durch eine Bescheinigung des neuen Arbeitgebers. Aber diese Form des Nachweises ist keineswegs die einzig mögliche. Das Gesetz verlangt keinen Urkundenbeweis. Der Schlichtungsausschuß ist verpflichtet, den Arbeiter bei der Führung dieses Beweises zu unterstützen. Es kann z. B. von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, wie die »Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten« des Kriegsamtes in Nr. 28 mitteilen, verlangt werden, daß er bei dem neuen Arbeitgeber telefonisch anfragt ob die Angaben des Arbeiters über die Möglichkeit der Erlangung eines höheren Lohns zutreffend sind. Auf solche Anfragen muß der Unternehmer nach § 17 des Hilfsdienstgesetzes Auskunft erteilen, wenn er nicht der in § 18 III angedrohten Strafe verfallen will. Die »Amtlichen Mitteilungen« des Kriegsamtes schließen diese Erläuterung des Hilfsdienstgesetzes mit der allgemeinen Anweisung: Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß soll möglichst frei von allem Formalismus und Schematismus behandelt werden.

**So das geschieht am grünen Holz . . .** Die Gemeinde Ahlbeck entrüstete sich vor einigen Tagen über die hamsternartigen Bedegäste, die für Fischräucherwaren allzu starkes Interesse zeigten. Es ist gewiß richtig, das Hamstern auf Kosten der Allgemeinheit zu verbieten. Ein Recht zur Entrüstung hat jedoch nur derjenige, der nicht selber im Glashaushalt wohnt, aber gewiß nicht die Gemeindeverwaltung von Ahlbeck, die im »Berliner Tageblatt« »garantiert reinen Bienenhonig« je Zentner zu 710 Mk. anbietet, obwohl der Höchstpreis

275–350 Mk. beträgt. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat den erwerbsfrohen Gemeindevorstand, der nicht einmal Handelslaubnis haben dürfte, natürlich dem Kriegswucherer empfohlen; aber auch die staatlichen Behörden sollten sich etwas nachdrücklicher mit der kommunalen Versorgungstätigkeit befassen.

## Aus dem Auslande.

**Eine eigenartige Fabrikgründung.** In Stockholm ist dieser Tage die »Aktiengesellschaft Schwedische Pianofabrik« gegründet worden, die die größte Klavierfabrik Skandinavians sein wird. Unter ihren Gründern sind außer Bankdirektoren und einen höheren Ministerialbeamten, der Führer der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens Lindquist, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes und ein sozialdemokratischer Redakteur. Die Fabrik soll nach den Bestimmungen über den Arbeitsvertrag und über die Möglichkeit des Aktien-erwerbs durch Arbeiter ein Musterunternehmen werden. Sie soll hauptsächlich für den russischen Markt arbeiten. Die Verbindungen sind angeknüpft und die Fabrikanlagen fast betriebsfertig.

## Zur Änderung des Hilfsdienstgesetzes.

Im Hauptausschuß des Reichstages hatten sich lebhaft Auseinandersetzungen an den Rücktritt des Generals Gröner vom Kriegsam geknüpft. Es wurde dabei auf die Schwerindustriellen als die Urheber dieses Wechsels im Kriegsam hingewiesen. Das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission nimmt in seiner neuesten Nummer (vom 8. September) Stellung zu der Erklärung des Geheimrats Duisburg, daß er und seine Freunde das Hilfsdienstgesetz nur dahin ändern wollten, daß die Beschränkung der Freizügigkeit im § 9 falle, damit die Arbeitsfreudigkeit in der Munitionsindustrie gehoben werde. Dazu bemerkt das »Korrespondenzblatt«:

»Die Gewerkschaften werden sich natürlich einer Änderung des Hilfsdienstgesetzes, welche lediglich die volle Freizügigkeit der Arbeiter wieder herstellen will, nicht widersetzen. Nur sind sie der Meinung, daß die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern damit eine Wohltat erweisen möchten, den gleichen Zweck auch ohne Gesetzesänderung erreichen könnten. Sie brauchen ihren Arbeitern bloß die Abkehrscheine nicht zu verweigern, und die Freizügigkeit wäre hergestellt, die Schiedsämter und Schlichtungsausschüsse brauchen nicht in Tätigkeit zu treten, und die Arbeitsfreudigkeit könnte sich — an anderer Stelle — ungehemmt entfalten. Dieser einfache Weg scheint indes den Schwerindustriellen nicht als der rechte, und das gibt der Vermutung Raum, daß sie mit der Aufhebung des § 9 noch weiterliegende Zwecke verfolgen. Es ist offenkundig, daß ihnen die Schlichtungsausschüsse ein Dorn im Auge sind, weil sie die Unternehmer zwingen, vor denselben über ihre Betriebsverhältnisse und Löhne Rede und Antwort zu stehen, und daß sie lieber den ganzen vaterländischen Hilfsdienst über Bord werfen möchten, als noch länger der Jurisdiktion der Ausschüsse zu unterstehen. Das scheint mit der Aufhebung des § 9 beabsichtigt zu sein. Vielleicht rechnen die Herren auch mit einem Ersatz des Hilfsdienstes durch Militarisierung der Rüstungsarbeit im Wege der Ausdehnung der Militärpflicht auf das Alter bis zu 60 Jahren, die ihnen ein Heer willenloser Arbeitskräfte überantworten würde. Dann könnten freilich Unternehmer und Heeresverwaltung an der Stimmung hinter der Front und an der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter ihr blaues Wunder erleben. Mögen die Herren Industriellen also mit ihren Anträgen offen auf den Plan treten. Wir werden ihnen dann schon sagen, was der Arbeiterschaft nützlich und wohltätig ist.«

## Tuberkulose und Kriegsernährung.

Vor einigen Wochen tagte in Berlin das Zentralkomitee für Lungenkranke. Ministerialrat Dr. Kirchner mußte dort die gewiß sehr traurige Mitteilung machen, daß die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht während des Krieges ständig zunimmt. In der Aussprache wurde eine Reihe Gründe dafür genannt, es ist aber anscheinend keinem der Teilnehmer in den Sinn gekommen, den Zusammenhang zwischen Ernährung in der heutigen Zeit und den Lungenkrankheiten zu suchen. Wir haben aber gar kein Interesse daran, hier etwa die Augen zu schließen; je klarer wir da sehen, umso besser ist es für uns alle. Im Zusammenhang mit der Feststellung des Zentralkomitees kann noch die weitere Tatsache erörtert werden, daß die Berichte verschiedener Krankenkassen die Erschneigung hervorheben, daß ein ungünstiger Einfluß der Ernährung auf den Krankenstand nicht zu leugnen ist. Wir können uns über diese Wirkung der Kriegsernährung nicht wundern. Ist dies schon bedenklich, soweit die Gesamtbevölkerung in Frage kommt, so wachsen die traurigen Folgen in das Riesenhafte, wenn man sie auf dem engeren Gebiet der Lungenkrankheiten nachprüft. Die ersten Kriegsjahre konnten uns naturgemäß darüber noch nicht ausreichend

unterrichten, wie tief die ungenügende Ernährung ihre Krallen in den Volkskörper schlägt, da er eine Eigentümlichkeit gerade der Proletariatskrankheit ist, langsam, dafür aber umso sicherer zu töten. Nun aber zwei volle Jahre der mageren Kriegskost hinter uns liegen, ist es leider nur zu sehr Gewißheit geworden, daß für unsere Lungenkranken die jetzige Zeit recht schlimme Folgen haben wird. Und nicht nur für die Kranken, auch für die, die nur Anlage zur Erkrankung der Lunge haben, ist die Wirkung gleich verhängnisvoll.

In den letzten Jahren vor dem Kriege waren wir glücklich soweit, für die Tuberkulosen oder lungenkrank Verdächtigen in der gesteigerten Ernährung, Ruhe und reiner Luft die beste Heilbehandlung gefunden zu haben. Von allen Seiten wurden die Bestrebungen, die auf dieses Ziel hinarbeiteten, mit dem Erfolg unterstützt, daß die früher als unheilbar geltende Krankheit mit guten Heilresultaten bekämpft wurde. Tausende und Abertausende sind gesund aus den Heilstätten zurückgekommen, sind dem Erwerbsleben zurückgegeben worden, andere Tausende wurden so gestärkt und gekräftigt, daß der Würgengel Tuberkulose seine Macht für sie verloren hat.

Was heute unseren Schwer- und Schwerstarbeitern besonders gegeben wird, das war vor dem Krieg (in vergrößertem Umfang natürlich) die Medizin der Lungenärzte; daß sie damit auf dem rechten Wege waren, beweisen die Berichte der Versicherungsanstalten.

Der Krieg hat diesen Heilungsprozeß leider völlig vernichtet, oder doch fast unmöglich gemacht. Es soll heute garnicht darüber gescholten werden, daß gleich zu Beginn des Krieges verschiedene Heilanstalten geschlossen wurden, jetzt sind ja zum Teil diese Fehler wieder ausgeglichen worden. Die Anstalten sind einfach nicht in der Lage, ihre Kranken gesund zu machen, da ihnen nicht weniger als alles dafür fehlt. Dabel ist die Zahl derer, die lungenkrank geworden sind, durch den Krieg außerordentlich gewachsen. Bei sehr vielen hat erst das kriegsrische Handwerk die Krankheit zum Ausbruch gebracht. Zwar hat auch die Militärverwaltung gleich großzügig für diese Kranken Heilstätten eingerichtet, sie versucht, ihre Patienten auch unter eingeschränkten Verhältnissen zu heilen. Leider aber nicht mit den gewünschten Ertolgen. Viele dieser Lungenkranken werden bald im Berufsleben wieder von der Tuberkulose befallen werden und die Zahl derer um ein bedeutendes vermehren, die schon vorher mit ihr gerungen haben. Von ärztlicher Seite wird zwar behauptet, daß ein Ausgleich insofern stattfindet, als ein Teil vorerkrankter durch die Betätigung im Felde geheilt wird. Das könnte vielleicht bei kürzerer Kriegsdauer der Fall gewesen sein, mit der Länge des Feldzuges schwindet auch leider diese Möglichkeit, denn die Strapazen müssen schließlich die heilenden Wirkungen vernichten, von denen man sich allenfalls einen günstigen Einfluß versprechen könnte.

Es ist also mit Sicherheit damit zu rechnen, daß zu dem großen Heer von Lungenkranken nun noch die hinzukommen, die bei der jetzigen Ernährung ihre Widerstandskraft gegen die Krankheit einbüßen. Es ist allgemein bekannt, daß auch die Vorbeugung gegen den Krankheitskeim nur darin besteht, dem Körper viel Nährwerte zuzuführen, damit er den Kampf gegen die Tuberkulose aufnehmen kann. Ist der Körper bereits erkrankt, dann vermag, wenn der Giftstoff noch nicht zu starke Zerstörungen im Inneren der Lunge angerichtet hat, eine gute Ernährung die Bakterien unschädlich zu machen. Diese Voraussetzungen fehlen heute leider. So kommen wir zu dem traurigen Schluß, daß sich zu den Kriegsoptern draußen auf den Schlachtfeldern auch im Innern ungezählte Opfer der Lungenkrankheit gesellen werden. Zweifellos treten zu der mangelnden Ernährung noch andere Ursachen. Zunächst die gesteigerte Arbeitsleistung, die am Mark des Kranken zehrt. Intensivere Arbeit erfordert erhöhte Aufwendung von Körperkräften, was bei geringerer Ernährung doppelt bedenklich ist. Eine allgemeine Erscheinung ist jetzt das Überhandnehmen des Überstundenwesens. Es ist eine im Gewerkschaftsleben bekannte Sache, daß gerade durch Überstunden dem Körper die meisten Kräfte entzogen werden. Weiter kommt ständig hinzu, daß die Nacharbeit und das wechselnde Schichtensystem weitere Kräfte aufzehrt, schließlich darf die laxere Handhabung der Schutzeinrichtungen bei der Abgabung von Staub und Arbeitsschutz nicht unerwähnt bleiben. Auch das Frauen und Jugendliche nicht mehr den Schutz genießen, der für die Gesundheit nötig ist, wird sich in dem Gesundheitsstand noch bitter fühlbar machen.

Leider ist ganz wenig Aussicht, alle diese Gefahren während des Kriegs überwinden zu können, rechnen wir dazu die mangelhafte Ernährung, dann haben wir die ersten Kriegsgefahren für die Volksgesundheit zusammen.

Was ist zu tun, hier Halt zu gebieten? Es wäre nötig, den Lungenkranken an Stelle der Nahrungsmittel, die wir ihnen nicht geben können, wenigstens verringerte Arbeitszeit zu verschreiben, um die Ausgabe von Körperkräften zu schonen. Ferien von längerer Dauer könnten Wunder wirken, auch sollte allen Ernstens die Frage erwogen werden, ob man den Lungenkranken wenigstens die volle

Fleischration von 500 Gramm weiter liefern könnte. Schließlich könnte in der Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Tuberkulosen wirklich etwas mehr getan werden, wenn uns daran liegt, diese dem Wirtschaftsleben zu erhalten. Hier ist für die Versicherungsanstalten durch Zuschüsse für Ferien und Beigaben für Nahrungsmittel ein weites Feld der Fürsorge eröffnet. Arzt, Apotheke und Krankenkassen sind in der Tat heute ratlos, aber wir dürfen da nicht tatenlos zusehen, wenn uns die Gesundheitspflege nicht schaudern machen soll.

Die Menschenökonomie verlangt gebieterisch die Erhaltung der Lungenkranken, deren Zahl und Bedeutung viel zu groß sind, als daß wir sie opfern könnten. Die Sache ist fürdubar ernst. Wir fordern Mitgefühl für die, die unter den Krieg mehr leiden als die Gesunden. Th. Thomas.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Gegen die Teuerung.

#### Hannover

gehört zu den Städten, die sich erst spät entschlossen haben, energischer für eine Lohnverbesserung vorzugehen. Wie es auch andere Mitgliedstaaten taten, hat die Ortsverwaltung das Ergebnis ihrer Arbeit statistisch erfaßt, um die Veränderungen festzuhalten. Das ist wichtig und notwendig. Wir erkennen daran, was wir gewerkschaftlich geleistet haben, und sind auch in der Lage, durch Vergleich mit anderen Städten zu kontrollieren, ob eine zu geringe Steigerung nicht Preisunterbietung und Schmutzkonkurrenz begünstigen. Gegenwärtig arbeiten alle Betriebe in Deutschland nur für den deutschen Markt. Mehrmalige Preissteigerungen unserer Erzeugnisse sind bekanngeben, die auch die Firmen einstreichen, die den Arbeitern schlechte Löhne zahlen. So haben diese Veröffentlichungen doppelten Wert und verdienen die weitgehendste Beachtung.

Noch im Jahre 1916 bestanden in Hannover fast die alten Friedenslöhne. Bei den Chemigraden trat überhaupt keine Erhöhung der Grundlöhne ein. Bei den Lithographen erhielten nur 5 Kollegen eine Lohnzulage von durchschnittlich 5 Mark pro Woche. Etwas günstiger standen die Steindrucker, denn es konnten 23 Kollegen ihren Lohn um durchschnittlich 2,13 Mark aufbessern.

Die Teuerungszulage, der beliebte Ausweg, den die Unternehmer zur Steigerung des Arbeitsverdienstes wählen, erhielt im Jahre 1916 nur ein Teil der Kollegen. Die Lithographen standen auf niedrigster Stufe. Es erhielten 9 Kollegen durchschnittlich 2,01 Mk. pro Woche Teuerungszulage. 2 Chemigraden erhielten je 2,50 Mk. und nur die Steindrucker waren in größerer Zahl beteiligt. 54 Kollegen erhielten von 1,50—8 Mk., oder durchschnittlich 2,28 Mk. pro Woche Teuerungszulage.

Die Bewegung im Mai 1917 brachte nun einen größeren Fortschritt, weil die Hilfe des Verbandes in Anspruch genommen wurde. Durch allgemeine Verhandlungen mit den Unternehmern erhielten alle verheirateten Kollegen eine Lohnverbesserung von 3,50—8,50 Mk. und die Unverheirateten 2,50—7,50 Mk. pro Woche. Ein Drittel dieser Zulage wurde auf die Grundlöhne, zwei Drittel als Teuerungszulage verrechnet.

Statistisch verbesserten sich hiernach die Löhne bei 9 Lithographen um durchschnittlich 4,44 Mk., wozu noch 4,66 Mk. Teuerungszulage pro Woche kommen. 48 Steindrucker erhielten durchschnittlich eine Lohnaufbesserung von 3,65 Mk., wozu noch 4,50 Mk. Teuerungszulage pro Woche gekommen sind. 3 Chemigraden erhielten durchschnittlich berechnet 5 Mk. Lohnzulage und 2,58 Mk. Teuerungszulage pro Woche.

Die Löhne in Hannover sind nach vergleichsweise Betrachtung mit anderen Großstädten als niedrige anzusprechen. Auch mit der Teuerungszulage haben die Kollegen einen Ausgleich entsprechend der verteuerten Lebenshaltung nicht zu erzielen vermocht.

#### Frankfurt a. M., Chemigraden.

Die ergebnislose Verhandlung des Tarifamtes am 12. Juli hatte auch die Frankfurter Kollegen veranlaßt, den Prinzipalen örtlich Forderungen zu unterbreiten. Die geringe Erhöhung der Teuerungszulage durch Tarifamtsbeschuß vom 17. August 1917 genügt den Kollegen durchaus nicht. Durch besondere Verhandlungen der Ortsverwaltung gelang es auch, besondere Lohnzulagen zu erreichen. Außer der Teuerungszulage erhielten 22 Kollegen von den noch vorhandenen 30 eine wöchentliche Lohnzulage von 1—6 Mk. 1 á 6 Mk., 1 á 5 Mk., 10 á 4 Mk., 1 á 3,80 Mk., 1 á 3,10 Mk., 4 á 3 Mk., 2 á 2 Mk. und 2 á 1 Mk. Damit haben sich die Lohnverhältnisse in Frankfurt a. M. etwas gebessert, obwohl sie bei den hiesigen überaus teuren Verhältnissen noch unzureichend genannt werden müssen. Besonders ist die schlechte Entlohnung dreier Kriegsverletzter zu bemängeln. Der Durchschnittslohn der Chemigraden in Frankfurt beträgt jetzt etwa über 46 Mk.

#### Gau VIII, Lahr in Baden.

Die badische Ecke um Lahr herum liegt im Erzeugergebiet für landwirtschaftliche Produkte. Diese Städte haben etwas bessere Lebensverhältnisse, aber dafür auch desto schlechter Einkommensverhältnisse. Nur wenige Kollegen haben einen ausreichenden Lohn. In der Regel wird nur bis 5 Mk. Teuerungszulage in der Woche gezahlt.

Am schlechtesten steht es in der größten Stadt des Bezirkes, Lahr. Der Durchschnittslohn betrug 1913 bei den Lithographen 28 Mk., bei den Steindruckern 26,51 Mk. Die Firmen Ernst Kaufmann zahlt ihren 12 Lithographen und 6 Steindruckern nur 10 Mk. Teuerungszulage monatlich. Pfisterer & Leser gibt gar nur 1 Mk. pro Woche, Lorenz 2 Mk., Gebr. Dietz 1,60—4 Mk. und nur die Firmen Schauenburg und Alfred Pfaff zahlen 5 Mk. zum alten Lohn, wozu in letztgenannter Firma noch eine Teuerungszulage von 10 Proz. des Lohnes tritt.

Diese durchaus unzureichenden Löhne in Lahr treten in ihrer Rückständigkeit noch mehr hervor, wenn wir die Verhältnisse in den kleinen Städten des Bezirkes betrachten. In Waldkirch erhalten die Kollegen 50 Mk. Lohn pro Woche; in Donaueschingen 40—50 Mk.; in Sillingen 45 Mk. und in Lörrach werden bei 50stündiger Arbeitszeit 50 Mk. pro Woche gezahlt. Aus dem Elsaß ist nur über Straßburg etwas zu erfahren, wo die Kollegen bei ihrem letzten Vorstoß 2 Mk. pro Woche naderhielten. In Mühlhausen und Colmar arbeiten nur einzelne Kollegen. Berichte über die Verhältnisse sind nicht zu erlangen.

Es ist Pflicht der Kollegen der südwestlichen Ecke des Deutschen Reiches, daß sie sich rühren, wenn sie nicht später Vorwürfe einstecken wollen.

#### Aus dem Gau Köln a. Rh.

Am 2. September 1917 kamen im Zülpicher Hof, in Köln a. Rh., die Ortsvorsitzenden des Gaus Köln zusammen. Als Grundlage für ihre Beratung diente folgende Tagesordnung: 1. Lohnverhältnisse im Rheinland, 2. Stand der Organisation, 3. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Sillier etwa folgendes aus: Nachdem in vielen anderen Städten die Kollegen es verstanden haben sich zum Teil recht namhafte Lohnzulagen zu erringen, sind die rheinischen Lohnverhältnisse dem gegenüber noch immer durchaus ungenügend. Das ist umso weniger gerechtfertigt, als gerade die rheinischen Städte die teuersten Lebensverhältnisse haben. Darauf habe der Hauptvorstand schon vor längerer Zeit aufmerksam gemacht, doch gelang es nicht, hier die Kollegen zum Handeln zu bewegen. So blieb keine andere Möglichkeit, als durch persönliche Einwirkung den Ortsvorständen den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Das führte zur Einberufung dieser Konferenz.

In der eingehenden Aussprache wird die Notwendigkeit der Verbesserung der Löhne auch für die Rheingegend durchaus anerkannt. Die Inangriffnahme dieser Aufgaben komme nur leider reichlich spät. Die Schuld müsse ja teilweise an dem schlechten Geschäftsgang in einzelnen Firmen, auch an der Kampfunlust der vielfach älteren Kollegen liegen. Die Verhältnisse seien aber jetzt auch hier so, daß etwas mit Erfolg unternommen werden kann. Wir müßten die Hauptaufgabe unserer Organisation stets im Auge behalten: die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Denn auch nach dem Kriege werden die Lebensbedingungen in den ersten Jahren sich nicht besser gestalten. Trotzdem werden die Prinzipale versuchen die Zulagen wieder abzuziehen. Je allgemeiner die Zulagen von uns erreicht werden, je schwerer dürfte den Unternehmern die spätere Herunterdrückung werden.

Eine Entschließung, in diesem Sinne vorzugehen, wird einstimmig angenommen.

Über den Stand der Organisation berichtet Sillier. Er schildert, wie es gelungen sei, den Verband in den 3 Kriegsjahren sicher zu stellen. Unser Bestreben muß dahin gehen, alle Kriegsteilnehmer dem Verbands wieder zu erhalten resp. wieder zu gewinnen. Es bedarf unserer ganzen Aufmerksamkeit, um zu verhindern, daß sich nicht die Heimkehrenden zu den alten Friedenslöhnen anbieten. Kriegsnöwendigkeiten, wie die Einstellung von Frauen, Bedienung von zwei Maschinen, können nur dann für den Beruf unschädlich bleiben, wenn wir dem Verband gegenüber die alte Treue bewahren und fest zusammen halten. Von den Konferenzteilnehmern werden aus der täglichen Praxis ihres Bezirks verschiedene Tatsachen bekanntgegeben. Die Konferenz ist einmütig in dem Wunsche, gegen Verschiebungen der Arbeitsbedingungen mit allen Kräften anzukämpfen und für die Wiedereinführung gesunder Arbeitsverhältnisse Sorge zu tragen. Mit dem Gelöbnis, diesen gewerkschaftlichen Geist auch in die Mitgliedstaaten zu bringen, und mit allen Mitteln für die Stärkung unserer Organisation zu wirken, schloß die anregend verlaufene Konferenz.

## Die Tapetenbranche.

### Wie lange noch?

Ein Fabrikant der Tapetenindustrie erörtert in der Zeitung »Die Tapete« die Frage: Wie lange

können noch Tapeten hergestellt werden? Die Hauptschwierigkeit, sagt er dort, war die Beschaffung des Materials. Bis jetzt habe man sich noch immer helfen können. »Es wird aber selbst dann, wenn der Frieden eintreten sollte, eine noch größere Materialknappheit eintreten, denn in den verfloßenen Zeiten ist vielfach aus dem Bestande gezogen worden. Es konnten weder Reparaturen ausgeführt, noch sonstige, dringend notwendige Unterhaltungsarbeiten hergestellt werden. Alle möglichen kleinen Sachen, welche zur Tapetenerzeugung bis jetzt noch vorhanden waren und dringend notwendig sind, werden gar nicht mehr zu erhalten sein; es soll nur an die Drucktücher und andere Hilfsmittel erinnert werden.

Es wird also in absehbarer Zeit der Fall eintreten, daß Lieferungen und Anfertigungen nicht mehr stattfinden können. — Über die Aussichten der Linoleumfabriken erfahren wir aus derselben Quelle interessante Einzelheiten. Durchweg hätten sich die Fabriken durch Reservefonds für die Zukunft gesichert. So habe das »Schlüsselmarke-Werk« für 1916—1917 fast 6,5 Millionen Mk. Kriegsanleihe gezeichnet. Jetzt ruhe aber die Produktion vollständig, weil die Rohstoffe aus dem Auslande fehlen. »ob aber nach dem Kriege der Schiffraum, der enorm teuer sein wird, sofort zur Herbeischaffung der Rohmaterialien zur Verfügung gestellt werden kann, ist mehr als fraglich, so daß die Linoleum-Industrie wieder schwere Jahre zu überwinden haben wird, wenn nicht von seiten der Regierung Maßnahmen erfolgen, die eine baldige Wiederaufnahme der Fabrikation gestatten. Vergehen doch durch die erforderlichen, zeitraubenden Fabrikationsprozesse sowieso wieder viele Monate, ehe wieder Linoleum auf den Markt gebracht werden kann«. Aus der Generalversammlung der Deutschen Linoleumwerke Rixdorf, A.-G. erfahren wir dann noch zu demselben Thema, »daß die Beschaffung der Rohmaterialien sich besonders schwierig nach dem Kriege gestalten werde, da gerade die Linoleum-Industrie sehr erheblich auf die Einfuhr angewiesen sei. Bis jetzt sei es nicht gelungen, für diese Industrie Ersatzstoffe zu finden. Eine Produktion im kleinen würde sich auch sehr teuer stellen; als rentabel würde sich diese erst erweisen, wenn ein gewisser Prozentsatz der früheren Produktion möglich sei. Allerdings sei das Produkt der deutschen Linoleumindustrie derart, daß die früheren Abnehmer auch im Auslande wieder darauf zurückkommen würden. . . «

## Graphische Technik.

### Zur Nomenclatur der Farben.

An Farbe hängt, nach Farbe drängt doch alles — sonst hätten die Neurruppler Bilderbogen niemals ihre ungläubliche Popularität erlangen können. Allerdings gab es auch eine Zeit, in der das Dogma von der Verächtlichkeit und Nebensächlichkeit der Farben gepredigt wurde. In der Malerei hat es eine Zeit lang grassiert, als nämlich zufällig Talente von wohl großer zeichnerischer und kompositorischer aber mangelhafter koloristischer Begabung überwogen. Weil Cornelius und seine Schüler stets, wenn sie Farben anwandten, damit ein Fiasko ihrer Werke erlebten, erfanden sie das Märchen von der Herrschaft der Linie und dem Adel der Zeichnung und Komposition, welche glänzenden Eigenschaften aber durch die Farbengebung beeinträchtigt würden und in jener Zeit auch wirklich wurden. Aber das Dogma von der Nebensächlichkeit der Farben wurde von großen Koloristen sehr bald aus der Kunst wieder hinausgeworfen und heute kann kein Zweifel darüber bestehen, daß korrekte Zeichnung und Komposition sich sehr gut mit souveräner Beherrschung der Farbe vereinigen lassen. In der Praxis aller derjenigen, die mit der Herstellung und dem Vertrieb von Kunstabblättern zu tun haben, namentlich wenn es sich um Reproduktionen handelt, bietet jedoch das farbige Kunstblatt größere Schwierigkeiten als ein Schwarz-Weiß-Blatt. Vor allem erfordert es auch neben der Kenntnis der Technik mehr oder weniger großes Farbensmpfinden. Die gegenseitige Beeinflussung der Farben, die von Chevreul zuerst formuliert wurde, ist für den Graphiker außerordentlich wichtig.

Ebenso wichtig ist aber auch ein Hilfsmittel um die Farben selbst richtig beurteilen zu können. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Organisation der geistigen Arbeit sich auch auf die Tätigkeit des Künstlers, des Kunstdruckers, des Kunstverlegers und Kunsthändlers ausdehnen müsse,

wurde schon vor Jahren von mir die Errichtung eines Normalfarben-Kontrollamtes angeregt, das in ähnlicher Weise für die Normalfarben Normen aufstellt wie dies hinsichtlich der Papiere geschehen ist. Mit der fortlaufenden Kontrolle durch ein solches Amt würde sicherlich auch dem gesamten Kunsthandel ebenso wie dem Kunstdruck ein großer Dienst erwiesen werden. Später hat dann Professor Seliger, der Direktor der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig die Anregung gegeben, ein deutsches Farbenbuch zu schaffen, das wesentlich dazu beitragen sollte, eine Verständigung hinsichtlich der Farben auf dem Gebiete der Maltechnik, des Kunstdruckes und des Kunstverlages bzw. Kunsthandels zu schaffen. Denn bisher war es schwierig, eine schnelle Verständigung zwischen dem Kunstmaler, der von Farben aus der Nomenklatur der Künstlerfarben spricht und einem Kunstdrucker oder Kunstverleger zu erzielen. Denn der Kunstdrucker hat Farben, die meistens Phantasienamen tragen, die fäglich auf dem Markt sich noch mehr und die Farbstoffe bezeichnen, die denen der Künstlerfarben vielfach gleichen und namentlich in jetziger Zeit der Ersatzstoffe allerdings oft minderwertige weniger haltbare oder weniger leuchtende sind. Teils hat der Drucker Farbstoffe wie der Künstler, jedoch andere Namen dafür als jener. Es herrscht auf diesem Gebiete ein bedauerliches Durcheinander. Um eine Verständigung anzubahnen, wurde deshalb vorgeschlagen, in dem deutschen Farbenbuch bei jeder angeführten Farbe zugleich die im Charakter parallel gehenden anderen Künste aufzuführen und eine einheitliche Bezeichnung für Farben zu schaffen, die jedem verständlich ist. Seliger ging dabei von dem Gedanken aus, daß je weniger Farbe je mehr Kunst und je weniger Gefahren der Nichtverträglichkeit von Farbe mit Farbe und Farbe mit Farbgrund beständen. Die Bezeichnungen der einzelnen Farbensnuancen neben den Urfarben-Grundfarben, würde deutlicher, wenn z. B. bedeutete: F.-Farbe, h.-hell, m.-mittel, d.-dunkel, 1, 2, 3, 4, usw. den Grad der Helligkeit, g.-gelb (-warm), b.-blau (-kalt), r.-rot. Dann würde ich z. B. bezeichnen Ocker (h. g. 1-3), gebr. Ocker (m. F. g. 1-3), Umbra (m. F. g. 1-3), gebr. Umbra (m. F. r. 1-3), Indigo (d. s. l.). Statt Cadmiumorange, (Cadmium h. F. r.), Chromoxydgrün (m. F. b.), Caputmorium (m. F. rb. 1-3), Cobalt (m. F. b.); auch noch deutlicher Pariserblau (F. l.), Miliorblau (Steindruck); Kaiserblau, (Buchdruck); Normalblau (irgend eine andere Technik).

Auf ganz wesentlich breiterer Grundlage hat nun aber Wilhelm Ostwald den Gedanken durchgeführt mit der Schaffung seiner Farbenfibel, deren Zweck es ist, durch wenige Zahlenangaben jede Farbensnuance genau festzustellen, so daß man die Farbengebung eines Bildes beschreiben könnte, ohne das Bild zu sehen. Das wäre natürlich für den Kunsthändler von allergrößter Bedeutung, namentlich wenn es sich darum handelt, die Reproduktion eines farbigen Bildes durch eine Kunstanstalt zu bewirken. Zunächst unterscheidet Ostwald zwischen den bunten und den schwarz-weißen Farben, die ja, da Weiß und Schwarz eigentlich keine Farben sind, diese Bezeichnung nur aus praktischen Gründen tragen. Denn zwischen Schwarz und Weiß gibt es ja unendliche Abstufungen, die Ostwald in hundert Teile einteilt, weil er glaubt, daß diese Differenzierung der schwarz-weißen Farbtöne für unseren Schapparat im allgemeinen genügt. Unendlich mannigfaltiger sind natürlich die bunten Farben und deren Einteilung bereitet dementsprechend auch größere Schwierigkeiten. Die Farbeneindrücke, welche wir benennen sind: Rot, Orange, Grün, Gelb, Blau und Violett, wozu noch als Zusammenwirken von Rot und Violett ein Farbeneindruck entsteht, der unter den vom Spektrum ausgehenden nicht vorhanden ist und Purpur genannt wird. Die sieben Hauptfarbeneindrücke, durch die sich jeder überhaupt vorhandene Farbeneindruck feststellen läßt, haben die Eigenschaft, daß man sie so im Kreis zusammenstellen kann, daß jede folgende sich an die vorhergehende ohne bestimmte Grenze anschließt. Die Reihenfolge ist diese: Orange, Gelb, Grün, Blau, Violett, Purpur, Rot.

Weiter lassen sich aber auch diese Hauptfarbeneindrücke durch drei Worte nämlich durch Rot, Gelb und Blau bezeichnen. Durch den geschilderten Umstand, daß die Hauptindrücke einen Kreis bilden und jeder Farbeneindruck sich an den anderen anschließt, entsteht von selbst bei der Feststellung der Farben und ihrer Unterscheidung die Kreiseinteilung als Grundlage. Nun würde eine solche Einteilung zwar die einzelnen Farben genau treffen lassen aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Farben auch rein sind. Ist das nicht

der Fall, sind sie, wie das wohl zumeist geschieht, durch Zusatz anderer Farben, insbesondere Weiß und Schwarz, in ihrer Einwirkung verändert, so würde die bißige Kreiseinteilung nicht mehr ausreichen, um die einzelnen Farben zu kennzeichnen. Ostwald hat daher in seiner Farbenfibel eine Gleichung eingeführt, die lautet: r. w. s. -1 (Reingehalt, Weißgehalt, Schwarzgehalt - Farbe). Mit einer solchen Gleichung würden sich in der Tat die einzelnen Farbtöne ziemlich genau erkennen und in Bezug auf ihre Zusammensetzung charakterisieren lassen. Das wichtigste bei dieser Farbenfibel ist, daß auf Grund der Ostwaldschen Formel jede Farbe durch drei Zahlen gekennzeichnet werden kann, wobei zugleich auch die Zusammensetzung angegeben ist, soweit es sich um die Beimischung von Weiß oder Schwarz handelt. Die Ergänzung zu dieser Anleitung bildet ein Farbenatlas an Hand dessen die in Ziffern angegebenen Farben herausgesucht werden können. Den Anfang zu diesen Atlas hat Ostwald bereits gemacht, denn die Farbenfibel enthält bereits 192 Farben, die nicht gedruckt sondern in Handaufstrich hergestellt sind. Der gesamte Atlas soll 3000 Farben aufweisen, die für alle wirklichen Bedürfnisse der Wissenschaft und der Technik genügen, obgleich unser Auge ungefähr eine halbe Million Farben insgesamt unterscheiden kann. Fritz Hansen.

### Kleine Winke.

Bei der Arbeit haben wir in dieser Zeit mit vielen Schwierigkeiten zu rechnen. Im Großen wie im Kleinen droht uns die Geduld auszugehen, neigen wir leicht dazu, gewaltsame Mittel heranzuziehen. Und immer wieder müssen wir enttäuscht einsehen, daß wir damit nicht zum Ziele gelangen. Ein richtiger Umdruck zum Beispiel braucht wohl Spannung, die aber mit Mäßigung und nur allmählich gegeben werden darf. Und beim Maschinendruck ist zu starker Druck mehr nachteilig als von Vorteil. Die älteren Maschinen brauchen mehr Druck weil die Lager ausgearbeitet sind. Soll die Maschine gut funktionieren, muß sie mindestens jedes Jahr einmal gründlich nachgesehen werden und alle federnden Teile angezogen werden. Auch die Druckwalze darf nicht zu glatt aber auch nicht zu rau sein. Der jetzige Firnisersatz ist spröde, das Papier haltlos, deshalb müssen wir etwas mehr Farbe nehmen, doch durch zu starken Druck würden wir die Nachteile nur verschlimmern. Wenn irgend möglich nehmen wir mehr Farbe als Firnisersatz. Da Letzterer fettloser ist, muß mit wenig Wasser gewischt werden.

Der Umdruck sollte ziemlich hochgezätzt, eventuell später nachgezätzt werden. Starker Druck und nasses Wischen erzeugt Schiebung, wodurch das wenige noch vorhandene Fette verloren gehen würde. Wir tun daher gut uns allmählich in den Buchdruck hinein zu denken. Dazu peinlichste Reinlichkeit, besonders beim Umgang mit Wasser und Farbe, eventuell Aushilfe mit Kreide bei Flächen und mit Magnesia bei Zeichnung. J. Kressler.

## Feuilleton.

### Über die Heide.

Über die Heide hallet mein Schritt;  
Dampf aus der Erde wandert er mit.  
Herbst ist gekommen, Frühling ist weit —  
Gab es denn einmal selige Zeit?  
Brauende Nebel geisten umher;  
Schwarz ist das Kraut und der Himmel so leer.  
Wär ich hier nur nicht gegangen im Mai!  
Leben und Liebe — wie flog es vorbei.  
Theodor Storm.

### Vom Büchertisch.

Lange: Die Neuorientierung der Gewerkschaften. Die Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft beabsichtigt unter dem Titel: Sozialdemokratische Gewerkschaftsbücherei eine Folge von Schriften herauszugeben, die die Gewerkschaftsfragen vom sozialistischen Standpunkt aus beleuchten sollen. Was der Angestellte des Handlungsgelhilfenverbandes in der vorliegenden Schrift zusammengetragen hat, ist weder neu noch überzeugend klar dargestellt. Wer ein Interesse daran hat, das Hinübergreifen der politischen Gegensätze auf die Gewerkschaftsbewegung in allen Einzelheiten zu verfolgen, der mag diese Schrift lesen.

**Stellenangebote**  
Erstklassiger  
**Strichätzer**  
zur Leitung der Abteilung, sowie ein tüchtiger  
**Kopierer**  
in dauernde Stellung gesucht. Angebote an  
**Eberhard Schreiber,**  
Leipzig, Tübachweg 26.

Bei dem jetzigen mangelhaften Firnis u. Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg

„**Matt-Lack**“ zu. Kilo Mk. **7,50**

**Friedens-Zusammenstellung.**

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

„**Radium-Reiber**“  
Deutsches Reichspatent No. 269 755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Stets hilft ein überstreichen m. d. „**Radium-Reiber**“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Essäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 15.— Mk. —

**Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.**  
Festschrift von Fritz Hansen.  
Verlag: **Conr. Müller, Schkeuditz.**  
Preis 55 Pfg. (portofrei).  
Bei 10 Stück ein Freixemplar.